

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Niderrhein, Untermain, Rheingau und St. Goarshausen.

Ercheinungsweise: täglich (nur Wochentage).
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einchl. Postbefreiung
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antkes
Druck und Verlag der Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 2-Millimeterzeile oder deren
Raum 50 Hg. Die 91 mm breite Reklamazeile 1.50 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 84

Limburg, Mittwoch den 14. April 1920.

83. Jahrgang

Das Verfahren gegen Millerand.

Ein für die breitere Öffentlichkeit überraschender Wandel der Dinge hat aus dem französischen Ministerpräsidenten Millerand aber Nacht aus einem stolzen Sieger einen Angeklagten gemacht. Die Durchführung des Prozesses wird man in Deutschland und auch sonst in der Welt dem französischen Volk überlassen, das darüber sein Urteil fällen dürfte, wie es die Haltung des zurzeit für die französische Politik verantwortlichen leitenden Mannes einschätzt und würdigt. Ueber die Vorgeschichte und Entwicklung der französischen Aktion gegen Deutschland wird in der nächsten Zeit noch manches zu sagen sein, besonders wenn man näheren Aufschluß über die Gründe des englischen Vorgehens erhalten hat. Allerlei böse Erfahrungen veranlassen uns zu lebhaftem Mitleid, daß die berühmte Verbalnote Lloyd Georges etwa ausschließlich um unserer schönen Augen willen ergangen sei, aber wir werden es sicherlich auch durchaus begrüßen, wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, daß man sich in England nunmehr entschlossen hat, der bisherigen französischen Deutschlandpolitik Einhalt zu gebieten. Die deutsche Regierung hat nun bekanntlich von sich aus und abseits jolcher mehr allgemeinen Erwägungen zweierlei gegenüber dem französischen Ueberfall getan: sie hat nach dem formellen Protest Schadenersatzsprüche angemeldet, und sie hat ferner an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Drummond das Ersuchen gerichtet, den deutsch-französischen Streitfall dem Völkerbund zu unterbreiten. Wir wissen nun, daß der auf Grund der Versailler Akte geschaffene Völkerbund sehr wenig von dem ist, was wir uns unter einer solchen internationalen Institution vorstellen. Vor allem schon deshalb, weil Deutschland nicht zu seinen Mitgliedern zählt. Artikel 17 der Völkerbundesakte bietet nun aber die Grundlage auch für uns, den Völkerbund anzugehen. Artikel 12 derselben Akte besagt, daß alle Mitglieder gehalten sind, Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen, die einen Bruch herbeiführen könnten, dem Schiedsverfahren durch den Völkerbund zu unterbreiten. Frankreich hat sich mit seinem Vorgehen über diese Bestimmung aber glatt hinweggesetzt und hat damit gleichzeitig den Versailler Frieden gebrochen, der ausschließlich auf der Völkerbundakte aufgebaut und mit ihr begründet worden ist. Das nach ist die Situation also völlig klar und der Versailler Völkerbund ist auf Grund dieser Tatsachenlage von der Reichsregierung zum erstenmal vor eine Aufgabe gestellt worden, die keine Umgehung duldet. Man wird weder in London noch in Washington und Rom über das deutsche Ansinnen einfach zur Tagesordnung übergehen können, denn andernfalls würde man die Versailler Schöpfung des Völkerbundes gleich bei der ersten Gelegenheit unheilbar kompromittieren. Indem man aber dem deutschen Ersuchen stattgibt, könnte man im Entfernungsgebiet gleichzeitig die hohe und für die ganze Welt bedeutsame Aufgabe erfüllen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland endlich auf eine gesündere und normalere Grundlage zu stellen. Es ist schon unendlich oft gesagt worden, daß die kriegerische militärische Politik der Pariser Regierung in wachsendem Maße eine schwere Gefahr für Europa darstellt. Es wird höchste Zeit, dieser Gefahr ein Ende zu machen.

Saldige Erledigung des Zwischenfalls.

Paris, 12. April. (WLB.) Havas meldet, der englische Botschafter habe die Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note erhalten. Es habe den Anschein, daß der Zwischenfall damit seiner Erledigung entgegengehe.

Ablösung der Frankfurter Besatzung.

Paris, 12. April. (WLB.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Mainz bestätigt, daß die 11. Division von Nancy die schwarzen Truppen in Frankfurt a. M. abziehen werde.

Die Räumung verschoben.

Paris, 13. April. (WLB.) Die Blätter stellen fest, der englische Botschafter Lord Derby habe sich gestern nachmittag nochmals versichert, daß die Städte Darmstadt und Frankfurt zugleich mit den Städten Hanau, Dillingen und Gießen geräumt würden und nicht etwa teilweise. Des Weiteren habe sich Lord Derby bestätigt lassen, daß die Räumung erfolge, sobald die über das August-Abkommen hinaus in das Ruhrgebiet einmarschierten Truppen die neutrale Zone verlassen hätten.

Der englisch-französische Meinungsaustrausch.

Paris, 12. April. (WLB.) Wie eine Note der Agence Havas meldet, empfing Ministerpräsident Millerand gestern abend den englischen Botschafter Lord Derby und überreichte ihm die Antwort der französischen Regierung auf die letzte englische Note. „Petit Parisien“ will wissen, der englische Botschafter habe den französischen Ministerpräsidenten gefragt, ob er sich nach San Remo zu begeben gedenke. Millerand habe seine Antwort von der Aufnahme, die seine Note in England finden werde, abhängig gemacht; denn es sei von Interesse, daß der Zwischenfall beigelegt werde, bevor die Verhandlungen in San Remo beginnen. Im Grunde aber habe Millerand den 19. April als Datum der Zusammenkunft in San Remo angenommen. Dieser Meldung steht eine Nachricht des Londoner Korrespondenten des gleichen Blattes gegenüber, der von autoritativer Seite erfahren haben will, die englische Regierung sei entschlossen, dem Obersten Rat in San Remo die Lösung des Konfliktes zu überlassen.

Der Inhalt der Noten.

London, 12. April. (WLB.) Das Reutersche Büro erzählt, daß die britische Antwort auf die französische Note erneut versichere, die britische Regierung sei fest entschlossen,

die Durchführung des Friedensvertrages mit Bezug auf die Abrüstung, Wiedergutmachung, Kohlenlieferungen und andere ähnliche Fragen in vollem Zusammenwirken mit den anderen Alliierten zu erzwingen. Die Note bemerkt jedoch, daß die augenblickliche Meinungsverschiedenheit mit Frankreich nicht die Durchführung des Friedensvertrages, sondern die Lage betreffe, die aus dem Ansinnen der deutschen Regierung, Truppen zur Herstellung der Ordnung in die neutrale Zone zu dürfen, entstanden sei. Es sei bekannt, daß die von anderen Alliierten geteilte Ansicht der britischen Regierung die war, daß dem Ansinnen stattgegeben würde, daß die Neutralität nach Ablauf der Zeitfrist wieder hergestellt würde. Die britische Regierung sei vollaus bereit gewesen, diese Bürgschaften zu erbringen. Andererseits sei die französische Regierung der Ansicht gewesen, daß die deutschen Truppen die Erlaubnis, die neutrale Zone zu betreten, nur unter der Bedingung erhalten könnten, daß die Truppen der Alliierten zur Besetzung deutscher Städte vorrücken. Dieser Punkt hätten sich die Alliierten einmütig widerlegt. Daraufhin hätten die Franzosen beschloffen, unabhängig zu handeln. Es verlautet, daß die französische Antwort das unabhängige Vorgehen der Franzosen rechtfertige und erkläre, Frankreich, beschädigte, fortan keine Aktion zu unternehmen, zu der es nicht vorher die Zustimmung der Alliierten erhalten habe. Die britische Regierung sei jedoch der Ansicht, daß die Stärke und der Erfolg jedes Bündnisses von der Einmütigkeit der Aktion abhängen und daß in Betracht dessen, daß mit der Möglichkeit einer unabhängigen Aktion immer noch gerechnet zu werden scheint, die Lage noch geklärt werden müsse. Wie verlautet, werde, bis in diesem Punkte völlige Verständigung erzielt sei, der britische Botschafter in Paris keinen Sitzungen der Konferenz zwecks gemeinsamer Beratungen über Maßnahmen bezüglich Deutschland beiwohnen, da solche Konferenzen wertlos seien, solange einer der Alliierten unabhängig von den übrigen handle.

Eine belgische Sympathiebekundung für Frankreich.

Brüssel, 12. April. (WLB.) In der belgischen Kammer wird angeklagt, der Beteiligung Belgiens an der Besetzung deutscher Städte eine Motion eingebracht werden, die Anlaß zu einer Sympathiebekundung gegenüber Frankreich geben wird.

Aus den Beratungen im Völkerbund.

Paris, 12. April. (WLB.) Der Rat des Völkerbundes leitete in seiner gestrigen unter Leon Bourgeois abgehaltenen vierten Sitzung das ihm angebotene Mandat über Armenien ab und sprach die Ansicht aus, ein bestimmter Staat müsse den Staat übernehmen. Es sei aber notwendig, vorher die militärischen und finanziellen Fragen zu regeln. Ueber den Schatz der Wunderschätze in der Türkei will sich der Völkerbund endgültig erst aussprechen, wenn der Friedensvertrag mit der Türkei abgeschlossen ist. Dann wurde einem Antrag stattgegeben, über die Kommunalwahlen in Danzig den Vorschlägen des englischen Oberkommissars Sir Reginald Tower zuzustimmen. Endlich ernannte der Völkerbund eine Personlichkeit, die den Antrag erhalten soll, die Verpflegung und den Rücktransport der Kriegsgefangenen, die sich noch in Russland befinden, durchzuführen. Das „Journal“ glaubt, daß der Vertrauensmann des Völkerbundes der nordische Forscher Rauten sei. Die nächste Sitzung des Völkerbundes findet im Mai im Rom statt.

Freilassung der entwaffneten Reichswehrtruppen durch die Engländer.

Berlin, 12. April. Die Wendenblätter melden: Die in den ersten Tagen des Rapp-Putsch aus dem Ruhrgebiet abgedrängten, von den Engländern entwaffneten tausend Mann Reichswehrtruppen unter Befehl des Generals von Gilsbansen wurden gestern von den Engländern freigegeben und befinden sich auf dem Abtransport.

Die Niederschlagung der Unruhen im Reich.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 12. April. Vom Oberbürgermeister Cuno in Hagen erhält die „Vossische Zeitung“ folgende Meldung: Im Abschnitt Gerdau-Schelm-Barmen-Eberfeld und Remscheid ist die Entwaffnung in vollem Gange. Die Behörden arbeiten ungestört. Allerdings wird die Entwaffnung erschwert durch die vielen Flüchtlinge, die zum Teil von der Westfront der Roten Armee nach Barmen, Eberfeld und Remscheid geflohen sind, und weiter durch die vielen Flüchtlinge, die aus Angst vor dem Einrücken der Reichswehr ihre Heimat verlassen. Ihre Rückkehr hat bereits angefangen. In Hagen sind alle Flüchtlinge wieder eingetroffen. Von der Hagener Ortswehr wurden 1100 Hohenlimburger, die mit Waffen zurückkehren wollten, entwaffnet. In Hagen allein sind 2000 Gewehre abgegeben, an Widerstand wird nicht gedacht. Ob freilich in Remscheid bei der großen Anzahl der Flüchtlinge, welche Verbrechen begangen haben, die Ordnung ohne militärisches Eingreifen aufrecht erhalten werden kann, kann ich nicht beurteilen. Bedenklich ist auch, daß in Barmen der Zentralrat und die Volksgenossenschaft noch tagen. In Hagen besteht die Gefahr darin, daß das Polizeipräsidium Köln Flüchtlinge in großer Zahl unangemeldet nach hier abschiebt, meist Unorganisierte, die einen wenig vertrauenswerdenden Eindruck machen. Bisher ist es gelungen, sie weiter zu schieben. Sollte das Polizeipräsidium Köln größere Massen schicken, so muß Hagen militärischen Schutz für den Bahnhof beantragen.

Die Waffenablieferungen.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Bochum gemeldet: Bisher sind in Bochum von 5000 Gewehren noch nicht ganze 2000 abgeliefert worden. In Essen ist der Stand noch ungünstiger. Dort sind von 8000 Gewehren bis jetzt nur 1000 Gewehre abgegeben worden.

Vormarsch im Vogtland.

Leipzig, 12. April. (WLB.) Wie dem „Leipziger Tageblatt“ von jähändiger Seite mitgeteilt wird, wurden einzelne Truppenteile von hier am Sonntag nach dem Vogtland in Marsch gesetzt. Die 19. Reichswehrbrigade erhält voraussichtlich heute Marschbefehl.

Dem „S. L.“ wird aus Prag gemeldet: Bewaffnete Banden des Räuberhauptmanns Hölz flüchteten vor den Reichswehrtruppen gegen die böhmische Grenze. Verschiedene kleinere Trupps der Hölz'schen Garde haben inzwischen die Grenze an anderen Stellen überschritten. Sie wurden von tschechischen Soldaten entwaffnet und interniert.

Bemühungen um eine friedliche Lösung.

Gera (Neu), 12. April. (WLB.) Zur friedlichen Beilegung der Unruhen des Hölz in Teilen des Vogtlandes ließ der Aktionsausschuß für Gera an alle mitteldeutschen Aktionsausschüsse, die in Betracht kommenden Parteien und die Presse Einladungen zu einer Konferenz am 17. April im Genossenschaftsheim in Gera ergehen. Die Landesregierung von Neu richtete aus demselben Grunde Einladungen an alle in Frage kommenden Regierungen.

Dresden, 12. April. Sächsisch-jähändige Stellen führen die mittelbare Schuld für die Brandstiftungen der Hölz'schen Banden im Vogtland darauf zurück, daß das Auswärtige Amt die Verschwiegenheit über die gegen Hölz zu ergreifenden Maßnahmen nicht gewahrt hat. Man hätte die Absicht, gegen das Vogtland ähnlich vorzugehen, wie Marter seinerzeit gegen Leipzig. Jetzt will man unter allen Umständen unter größter Verschwiegenheit dem Treiben im Vogtland ein Ende machen. Geleitet werden die Maßnahmen gegen Hölz von dem Generalleutnant von Stollmann. Auch sächsische Truppen sind heute gegen das Vogtland angelegt.

Hölz am Ueberschreiten der Grenze gehindert.

Rüggeenthal, 12. April. (WLB.) Hölz, der gestern mit 2000 Rotgardisten hier ankam, verhandelte heute vorm. mit dem Bürgermeister und dem tschecho-slowakischen Grenzkommando über seinen Uebertritt nach der Tschecho-Slowakei. Die Verhandlungen verliefen sich. Hölz forderte sämtliche Fabrikanten und Geschäftseigenen zu einer Versammlung auf, um von ihnen Beträge von je 50.000 bis 150.000 Mark zur Unterhaltung der roten Garde zu fordern. Wie verlautet, soll ein Teil des verlangten Geldes Hölz bereits ausgehändigt worden sein. Wie die „Acher Zeitung“ meldet, erhielt Hölz bei den Uebertrittsverhandlungen von der böhmischen Behörde den Befehl, daß er als Internierter zu gelten habe und auf Verlangen Deutschlands ausgeliefert würde. Da es der Plan Hölz ist, über Rüggeenthal und Elster ins Böhmisches zu flüchten, wurden die Grenzposten verstärkt. Von dem Uebewachungsdienst der tschechischen Behörde wurde ein gewisser Schmitz aus Bad Elster festgenommen, der im Verdacht steht, mit Hölz Verbindungen unterhalten zu haben. Der Verhaftete wurde am nächsten morgen von Grenzsoldaten nach Sachsen zurückgebracht. Er erhielt die Weisung, nicht wieder nach Böhmen zurückzukehren.

Die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände in Gotha.

Berlin, 12. April. (WLB.) Die Verhältnisse in Gotha haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmezustandes nach Sachsen-Gotha einen Reichskommissar zu entsenden, der für die baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge tragen soll. Bereits vor dem Rapp-Putsch hatte die Regierung einen verfassungswidrigen und widerrechtlich zustande gekommenen Beschluß des Gothaer Landtags zur Durchführung gebracht und die wiederholte Verfügung des Reichsministers des Innern auf Unterlassung des verfassungswidrigen Vorgehens unbeachtet gelassen. Während des Rapp-Putsch hat sie ihre Pflichten vernachlässigt und insbesondere auch ihre hauptsächlichsten Befugnisse verfassungswidrig auf den Volksrat übertragen, ohne daß die Regierung eingeschritten wäre, wurde in Gotha außerdem Reichseigentum im Werte von vielen Millionen zerstört. Die Abgeordneten aller Parteien, von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen mit Ausnahme der Abgeordneten der Unabhängigen Partei, haben wegen der Verletzung der Verfassung durch die Regierung in Gotha ihr Mandat niedergelegt. Eine ordnungsmäßige Tagung des Landtags ist nicht möglich. Die von der Regierung verweigerten Neuwahlen müssen vorgenommen werden. Aufgabe des Reichskommissars soll es vor allem sein, mit möglichster Beschleunigung die Neuwahlen zum Landtage herbeizuführen, damit eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden kann.

Amtsenthaltung von Putzschiffen.

Breslau, 11. April. Wie die „Breslauer Zeitung“ meldet, ist auf Grund des vorliegenden Materials auf Antrag des Reichs- und Staatskommissars für Sachsen Dr. Rübisch in Breslau wegen Beteiligung am Rapp-Putsch vom Oberpräsidenten folgenden Personen die weitere Amtsführung untersagt worden: dem Bürgermeister Priesel in Hundfeld, dem Sanitätsrat Dr. Eisch in Stroppen, dem Gemeindevorsteher Riebisch in Rosel, dem Ersten Bürgermeister Preuß und dem Zweiten Bürgermeister Rübisch in Striegau, dem Landrat Grafen Limburg-Styrum in Neumarkt, ferner dem Regierungsrat v. Schickel in Breslau, und dem Kreisrat v. Wollowski-Biedau, gegen den auch das Strafverfahren beantragt ist; vom Magistrat der Stadt Breslau dem Magistratssekretär Fehner in Breslau.

Die Schließung der Berliner Börse.

Berlin, 12. April. (W.B.) Da wegen der stürmischen Protestbewegungen gegen die angeordnete Verordnungsüber die Beschlagnahme der ausländischen Effekten und die Festlegung der Entschädigung auf Grund des Kurses am 10. Januar 1920 ein geregelter Verkehr an der Fondsbörse nicht stattfinden konnte, mußte die Börse am heutigen Tage geschlossen werden. — Auch in Frankfurt a. M. fanden am Montag laut Beschluß des Börsenvorstandes keine Notierungen statt. Die bereits abgeschlossenen Geschäfte, sowie die amtlichen Notierungen von Papieren wurden wieder als ungültig erklärt. Die Abendbörse fiel aus. Die Devisen werden notiert.

Die gewaltige Erregung an der Börse gründet sich auf die Tatsache, daß die Kurse der zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu beschlagnehmenden Auslandswerte seit dem Stichtage (10. Januar) bedeutend gestiegen sind. Ihre jetzigen Besitzer also bei der Abgabe schwere Verluste erleiden würden. Inzwischen beruht eine offiziöse Auslassung die Gemüter damit, daß es sich praktisch nur um die Auslieferung einiger weniger Werte handelt, deren Firmen — was vielfach übersehen worden ist — ihren Sitz im jetzt feindlichen Ausland haben.

Die Regierung hätte nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Gesamtbeschlagnahme aussprechen müssen. Sie werde aber später den Nachweis führen, daß der größte Teil der jetzt zur Beschlagnahme kommenden Werte nicht auf die Liste gehöre und werde dieselben alsbald wieder freigeben.

Zu den Reichstagswahlen.

Würzburg, 12. April. Der Deutsche Bauernbund, Abteilung Bayern, hat beschlossen, für die kommenden Reichstagswahlen das Wahlbündnis mit der demokratischen Partei aufrechtzuerhalten.

Noch eine neue antisemitische Partei

Berlin, 12. April. Eine in den letzten Wochen neugegründete Partei stellte sich heute in einer öffentlichen Versammlung mit ihrem Programm vor: die „Großdeutsche Freipartei“. Geheimrat Groß hielt eine Rede. Schätzte man aus ihr den Kern heraus, so bekämpft seine Partei das Jüdischsein des Kapitals und will durch seine Abschaffung eine Entschärfung der Landwirtschaft und der Unabhängigkeit der Industrie vom internationalen Großkapital erreichen. Der Wert der Aktien müsse nach russischem Beispiel künstlich hoch gehalten werden. Den eigentlichen Inhalt des Programms bildet aber der Antisemitismus, für den die Partei mit der Inanspruchnahme der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und der Entschärfung der Landwirtschaft auf den Gang ausgeht.

Die Haupttreffer der Sparprämienanleihe

Berlin, 12. April. (W.B.) Die vier Hauptgewinne von je einer Million Mark der Deutschen Sparprämienanleihe fielen in der Ziehung vom 27. März auf die Gruppe 1415 Nr. 250 Reihe a—d und die vier Hauptgewinne von je 500 000 Mark auf die Gruppe 1605 Nr. 67 Reihe a—d. Die Millionengewinne wurden an das Publikum durch die Preussische Staatsbank, Diskontogesellschaft, Dresdner Bank und Deutsche Bank und Co. abgesetzt. Ein Treffer blieb in Berlin, während die drei anderen nach den verschiedenen Gegenden Deutschlands fielen. Mit den vier Hauptgewinnen von je 500 000 Mark ist hauptsächlich Süddeutschland bedacht worden.

Die Zuständigkeit für Zeitungsverbote.

Berlin, 12. April. Nach den Abendblättern hat der Reichswehramt bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissare, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungsbeschränkungen in jedem Falle dem selbst vorgelegen sind.

Der internationale Wirtschaftskongress in Frankfurt.

Frankfurt, 12. April. (W.B.) Die Anmeldungen von Teilnehmern zum internationalen wirtschaftlichen Kongress am 1. und 2. Mai (während der zweiten Frankfurter Internationalen Messe) laufen recht zahlreich ein. Aus dem In- und Auslande werden führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens an den Beratungen, die in der Aula der Universität stattfinden, teilnehmen.

Ein Juristentreff.

Heutchen (Oberschl.), 12. April. (W.B.) Anlässlich der Ausweisung des ersten Staatsanwalts durch die

Entente kräften die hiesigen Richter seit heute. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso streifen alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und Amtsgerichts. Nach der „Oberschlesischen Zeitung“ ist man mit den übrigen ober-schlesischen Gerichten in Verbindung getreten, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des ganzen Abteilungsgebietes herbeizuführen.

Generalstreikdrohungen in Oberschlesien.

Gleiwitz, 12. April. (W.B.) Die ober-schlesischen Angestelltenverbände beschloßen, wie die Zeitung „Wanderer“ aus Rattowicz meldet, nachdem der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie den Schiedsspruch des Gleiwitzer Schlichtungsausschusses vom 27. März abgelehnt hat, am 15. April den Generalstreik über 25 000 ihnen angehörenden Angestellten zu erklären, falls der Schiedsspruch bis dahin nicht in Kraft getreten ist. Um diese Forderungen durchzusetzen, wandten sich die Angestelltenverbände sowohl an die interalliierte Kommission wie an den Demobilisierungskommissar in Opoln. Gleichzeitig nahmen sie mit den Arbeiterverbänden Kontakt. Durch diesen Beschluß droht die Stilllegung von Großindustrie und Handel in Oberschlesien.

Das Unglück von Rothenstein.

Rönnigsberg, i. Pr., 12. April. (W.B.) Im Leichenhaus waren Montag nachmittag 74 Tote eingeliefert. 20 Opfer sind an der Unglücksstelle Rothenstein bereits geborgen. Man befürchtet, daß noch eine ganze Reihe von Verunglückten aufgefunden wird, die zum Teil ausgegraben werden müssen. Zweifellos sind auch viele Verunglückte völlig zerrissen.

Wieder ein Explosionsunglück.

Berlin, 12. April. Nach einer B. Z.-Meldung aus Bodum fand gestern auf der Jasse Bruchstraße bei Vangerbreer eine Explosion statt. Der Schichtmeister, dessen Schuh sie veranlaßte, wurde schwer verbrannt vor seiner Zündmaschine auf dem Kopfe liegend, aufgefunden. Man zählt 14 Tote und 7 Schwerverletzte, von denen einer bereits gestorben ist. Die übrigen sind in Lebensgefahr. Weiterhin sind noch 19 Leichtverletzte gemeldet.

Eine Wendung im Schicksal Danzigs?

Danzig, 12. April. (W.B.) Der Oberkommissar des Völkerbundes, Reginald Lower, hat sich einem Vertreter der „Danziger Brücke“ gegenüber zu den Gerüchten über Danzig geäußert, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt. Obwohl der Oberkommissar die meisten jener Ausstellungen in den Bereich der Fabel verwies, gab er doch die Möglichkeit zu, daß es mit der Freistaatsberechtigung Danzigs zu Ende sein könne. Als Beauftragter der verbündeten Mächte sei er schließlich verpflichtet, zu berichten, daß bis jetzt nichts Neues aus der Bemühung herausgekommen sei, dem Weichselfreistaat zu einem selbständigen, geordneten Dasein zu verhelfen. Der Oberkommissar erklärte, er habe nichts dagegen, wenn der Inhalt der Unterredung der Danziger Bevölkerung bekannt werde.

Ausweisung der Deutschen aus Haiti.

Wie der „Berliner Volksanzeiger“ meldet, hat die Regierung von Haiti ohne triftigen Grund und ohne gegenseitige Handhabung den in Haiti seit Jahrzehnten ansässigen Deutschen, etwa 60 an der Zahl, den Befehl gegeben, das Land in kurzer Frist zu verlassen. Als Grund wird angegeben, daß die Deutschen den letzten Negeraufstand vom 16. Januar 1920 finanziert und unterstützt hätten.

Ein deutsch-amerikanischer Zwischenfall?

München, a. M., 12. April. (W.B.) Einem Privattelegramm zufolge soll der vom Kriegsgericht in Weisel zum Tode verurteilte Demot, der angeblich amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, in dem er untergebracht war, bei einem Fluchtversuch von einem Wachtposten erschossen worden sein.

Berlin, 12. April. (W.B.) Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht, daß der vom Kriegsgericht in Weisel zum Tode verurteilte Demot, der amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, wie mitgeteilt wird, bei einem Fluchtversuch erschossen worden ist, beantragte das russwärtige Amt bei den zuständigen Stellen die umgehende eingeleitete Untersuchung des Vorfalls und die Nachprüfung des ihm vorangegangenen Urteils.

Die russisch-litauischen Verhandlungen.

Rowno, 12. April. (W.B.) Tschitscherin teilt mit, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne, und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern

wolle, daß es ferner wegen der Grenzen Litauens die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnographische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grobna den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorschlag Litauens in Erwägung ziehen.

Wiederkehr der Ruhe in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. (W.B.) Die „Times“ berichtet aus Jerusalem, daß dort der Belagerungsstand erklärt worden ist. Die Kadersführer der jüngsten Unruhen sind verhaftet worden. Die Stadt ist ruhig. Die Schulen und andere Geschäfte sind wieder geöffnet. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden fünf Juden und vier Mohammedaner getötet, 211 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet worden.

Neue Staatsbildung in Mittelamerika.

New York, 12. April. (W.B.) Der mexikanische Staat Sonora hat seine Selbständigkeit erklärt. Der Staat Sinaloa hat sich ihm angeschlossen, um dem Einmarsch der Truppen des Generals Carranza Widerstand entgegenzusetzen zu können.

New York, 12. April. Nachrichten aus Hermosillo in Mexiko zufolge hat die dortige Bewegung den Gouverneur Huerta zum Inhaber der höchsten Staatsgewalt der Republik Sonora bestimmt. Der Kongress von Sinaloa hat sich dem Vorgehen von Sonora angeschlossen.

Neue Erkrankung Wilsons.

Paris, 12. April. (W.B.) Havas meldet aus London, unter dem 12. April: Die Daily Mail glaubt zu wissen, Präsident Wilson habe einen Rückfall erlitten. Nach einer Nachricht der Times aus New York sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten demütigend.

Saag, 12. April. (W.B.) Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New York: Es geht das Gerücht, daß der Präsident gesundheitlich zusammengebrochen sei. Die ungesicherten Mitteilungen seitens des Weißen Hauses scheinen dies zu bestätigen. Der Präsident hat seine täglichen Autofahrten unterbrochen. Deswegen wird gemeldet, daß er sich in den letzten zehn Tagen nicht mit Fragen befassen durfte und das Weiße Haus müde.

Japans Absichten in Sibirien.

Kopenhagen, 11. April. Eine in Paris erscheinende amerikanische Zeitung verbreitet die Mitteilung, daß Japan den Krieg an Sowjetrußland erklärt habe. Diese Meldung ist zum mindesten verfrüht. Wie die japanische Gesandtschaft in Stockholm mitteilt, beabsichtigt die japanische Regierung ursprünglich, ihre Truppen aus Sibirien zurückzuführen sobald die tschechoslowakischen Truppen Sibirien verlassen würden. Jedoch müsse Japan, das infolge seiner geographischen Lage einen ganz anderen Standpunkt einnehmen müsse als die anderen Mächte, mit der Räumung Sibiriens warten, bis alle Befürsorge betreffs Koreas und der Mandschurei befriedigend geklärt seien.

Ein japanisch-bolschewistisches Gefecht.

Amsterdam, 12. April. (W.B.) Die „Times“ meldet aus Tokio, daß es in Chabarowsk zu Gefechten zwischen Japanern und bolschewistischen Truppen gekommen ist, wobei auf japanischer Seite 6 Soldaten, 5 Offiziere und 79 Mann fielen. Die Russen hatten 400 Tote.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom 12. April 1920.

Haus und Tribünen sind gut besucht.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 12 Uhr und teilt zunächst mit, daß ein Telegramm des Abgeordneten Uhlir eingelaufen sei, daß die Abgeordneten aus Oberschlesien von der Entente an der Ausübung ihres Mandats gehindert werden. (Hört, hört! Unerbört!) Ein gleiches Telegramm ist vom Abgeordneten Hartmann eingegangen.

Gegen diesen unerhörten Eingriff der Entente in die Rechte des deutschen Volkes lege ich den allerhöchsten Protest ein und bitte die Regierung, sofort die nötigen Schritte zu tun. (Beifall.)

Der Präsident teilt seiner mit, daß die Nationalversammlung voraussichtlich bis nächste Woche tagen werde. Die Ausschüsse müßten daher ihre Arbeiten beenden.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)
„Ich brauche Luft und Bewegung, ich habe zu lange still gesessen“, sagte sie sich und anderen als Entschuldigung. Aber jetzt, wo Maikott vom Reisen sprach, wurde es ihr klar: es war nicht Luft und Bewegung, das sie suchte, sondern einen zweiten Zufall, ein zweites Wiedersehen mit ihm. Sie spielte mit einer Strähne ihres gelben Haares.
„Reisen — jetzt, Papa? Es ist so schön hier — und ich möchte doch gerne noch wegen des Bildes.“
„Du hast selbst gesagt, Serena: Wenn das Bild fertig ist, reisen wir!“ fiel Maikott ungeduldig ein.
„Ja — aber —“
„Liebes Kind, man muß immer wissen, was man eigentlich will! Launen, das ist weibliche Schwäche. Deiner unwürdig! Oder hast du einen bestimmten Grund, jetzt noch in Wien bleiben zu wollen?“
„Nein.“
„Also! Dann reisen wir. Morgen gleich. Ich muß fort. Man verabschiede sich ja hier — wirklich, Serena — ich mache mir täglich die bittersten Vorwürfe.“
„Wohin? Papa?“
Er antwortete nicht gleich, sondern lachte gequält vor sich hin. Serena betrachtete ihn verstohlen. Na, er litt wirklich. So vergrämt und verunsichert sah er aus, nicht mehr der mächtige Künstlerkopf, dem ein großer, harter Schmerz etwas Erhabenes verlieh, sondern ein guter, alter Mann, der mit sich selbst im Zweifelsfall war.
Der Großvater über seine scheinbar sorglose Hingabe an das neue, beglückte Leben erkund in Mitleid. Dann zuckte ein kleines Lächeln um Serenas Mund. Sie streichelte seine Hand und sagte:
„Ach, du bist ja selber gerne hier, Papa! Warum willst du denn durchaus fort?“
Sein Blick wurde noch düsterer. Ungeheim wehrte er mit der Hand ab.
„Gern hier? Ja — das ist's eben. Das Schmachvolle... nichts ist der Mensch, als ein jammervolles Ge-

wohnkeitsier Gewohnheit — Gewohnheit — he, wie das „gewöhnlich“ klingt, nicht? Und doch ist's eine Bestie, die einem langsam verschlingt, wenn man sich ihr nicht entzieht. Immer die verfluchte Anpassungsfähigkeit: im Großen wie im Kleinen. An Schmerzen und Freuden... gern hier? Jawohl... und der Satz in San Pietro d'oro? Und die Vergangenheit... bin ich wirklich so'n elendes Luder, daß ich das vergessen konnte?“

„Vergessen hast Du's wohl nicht, Papa. Aber alles Leben ist ewiger Wechsel. Grünt nicht auch die Erde neu im Frühling? Warum willst du deine Seele zwingen, still zu stehen?“

Gemein ist's Niedertätigkeit gemein! Weißt Gott, wenn ich 'nen großen Namen dafür hätte — Liebe, Ehrgeiz — ja dann! Aber bloß, weil die Materie sich wohl fühlt in einem beglückten Zimmer neben dem Tischlein des die, bloß weil's ihr wohl ist bei all der Bequemlichkeit — gemein ist das!“

Serena lachte.
„Weißt du, wie du bist, Papa?“

„Na?“

„Wie ein Askel, der sich eigensinnig in seine unwirtliche Höhle verkriecht und glaubt, der liebe Gott hätte was davon, wenn er ihn in Schmerzen und Kängsten preist und sich fauleit, ihm zuliebe. Derweil derselbe liebe Gott ihm doch die schönste, sonnigste Welt gegeben hat, damit er sich freue daran. Du sagstst einst, Mamas Geist sei stets um dich.“

„Hier nicht. Hier nicht...“ Weß Maikott erregt heraus.
„Das quält mich eben.“

„Lieber Papa — warum willst du denn, was tot ist, die Ruhe nicht gönnen? Und dir selbst? Hast du nicht genug gelitten, genug gebüht für ein einziges hartes, unüberlegtes Wort?“

Maikott sprang auf.

„Rein! Ich fühle es ja, wie ich hier langsam erschlaffe und jauch und ruhig werde und mich zuweilen so niedertätig wohl fühle — dann hinterher, wenn ich mit mir allein bin, kommen die Vorwürfe! Du weisst nicht wie stark — nein, es ist beschlossen: morgen reisen wir!“

„Ich nicht, Papa!“

„Serena!“

„Nein — ich nicht!“

„Dann — er warf ihr einen wilden Blick zu — „dann gehe ich allein zurück nach San Pietro d'oro — zu deiner Mutter. Was soll ich ihr sagen, wenn sie mich nach dir fragt?“

Serena sah ihm weid an.

„Du wirst sie nicht mehr dort finden, Pa. Und wenn dann wird sie dir sagen, daß du zurückkehren sollst zu ihrem Kinde, daß du genug gelitten hast und daß es nicht Sünde ist, wenn du nach einer verfluchten Jugend das höchste Frieden und Behagen annimmst, das das Leben diesem Alter noch schenken will.“

Maikott schüttelte eigensinnig den Kopf und verließ stumm das Zimmer.

Die ganze Nacht verbrachte er mit Boden und losem Auf- und Niederwandern. Am Morgen reiste er endlich ab, ohne daß Serena oder Milla noch einen Versuch machten, ihn zu halten.

14.

Eines Morgens — Serena war eben von einem Kofferpaßgang aus dem Prater heimgekehrt — fand sie ein Telegramm aus München vor.

Es war vom Ausstellungskomitee und enthielt die Nachricht, daß ihr Bild „Schiffsbruch“ mit dem vollen geforderten Preis verkauft sei. Ein Wiener Kunstfreund habe es erworben mit der Bedingung, das Bild sofort ausgefertigt zu erhalten, da es in der eben eröffneten Wiener Ausstellung dem dortigen Publikum vorzuführen wolle.

Milla, die vor ihrer Staffelei saß, warf, als sie die Depesche gelesen hatte, Pinsel und Palette fort und lachte in ausgelassener Freude herum.

„Rein, die Freude! So jubeln Sie doch, Serena — das erste Bild und gleich verkauft! Tausend Mark! Und nun hängt es hier in der Ausstellung mit dem „Jahresverlauff“ und alle Welt wird es bewundern. Das muß doch Eindruck machen! Passen Sie auf, nächstens regnen Befehle — das große Glück ist da!“

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichsminister Müller: Der Präsident hat soeben mit Recht protest erhoben gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente. Rehnliche Meldungen liegen aus Majoren vor. Die Regierung wird energig dagegen vorgehen. Dem übermächtigen französischen Militarismus können wir nichts entgegenstellen, als unser gutes Recht. Senegalener liegen in der Frankfurter Universität, die Teflore flattert über dem Maingau. Der Rapp-Putsch war eine Offizier-Revolution. Die Reichswehr hat das Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren. Die Arbeiterschaft des Ruhrreviers konnte nicht mehr erkennen, ob sie versorgungstreue oder reaktionäre Truppen sich gegenüber hatte. Das ist die Schuld der Rappplage. (Widerspruch und Lachen rechts). Ohne Rapp kein Generalstreik, ohne diesen keine rote Armee im Ruhrrevier. Die Arbeiter sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber der Janitzar des ganzen Ruhrreviers macht sich die Situation zu Range. Dagegen mußte die Regierung einschreiten und so marschierte die Reichswehr ein. Selbst die Unabhängigen unterstützten den Einmarsch. Wir wollen die Reichswehr nur da einsetzen, wo es unbedingt notwendig ist. Die Opfer der Reichswehr betragen rund 600 Köpfe. Dies sollte sie vorwärts schämen. Solange es noch eine Möglichkeit der friedlichen Verständigung gab, mußten wir zuwarten. Aber als alle den Einmarsch verlangten, mußten wir vorgehen oder abhandeln. Wir mußten einmarschieren, ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt zu haben, das die Aktion für unzulässig und gefährlich erklärte. Die Notwendigkeit zu beurteilen war Sache der deutschen Regierung. (Beifall). Frankreich hatte den Mut, sich durch unser Vorgehen in seiner geographischen Lage bedroht zu sehen, trotzdem die 19 000 Mann in der neutralen Zone gegenüber der waffenhaltenden Besatzungsarmee fast verschwunden. Wir haben eine formelle Unterlassungsbefehl erlassen. Den Weltfrieden haben wir nicht bedroht. Wir erheben gegen die französische Regierung Anklage, den Versailler Vertrag verletzt und den Völkern, noch ehe er in Kraft trat, um jeden Kredit gebracht zu haben. Die französische Note wurde uns in Paris drei Stunden nach dem Einrücken in Frankfurt übergeben. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Verhöhnung gegen Europa wie gegen das französische und das deutsche Volk. Krieg oder Frieden! Ein drittes gibt es nicht, wenn nicht Anarchie alles verheerend soll. England und Italien scheinen das einzusehen. Allerdings würde es naiv sein daraus zu schließen, daß der Bestand der Entente gefährdet sei. Wir wollen die Waffen im Privatbesitz im Ruhrgebiet einsammeln. Frankreich hindert uns daran. Die Einwohnerwehren, die keine militärische Organisation sind, richten sich gegen die Plünderung, gegen die Anarchie. Die Regierung hätte mit den Völkern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt auf Grund der Entente, nicht auf Grund der Gewerkschaften. Eine Rebertregierung der Gewerkschaften lehne ich ab. (Beifall). Mitregieren kann nur der, der die Verantwortung mit übernimmt. Die Gewerkschaften hatten keinerlei Forderung ultimativen Charakters gestellt. Allerdings liegt ich größten Wert darauf, die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu hören. Nach dem Sturz der Machtpolitiker wird das deutsche Volk eine Demokratie sein oder es wird nicht sein. Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören. Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ebe Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Verständigung verhallen. Frankfurt hat alle nationalitätlichen Instanzen wieder erweckt. Die Nationalisten aller Länder leisten uns die besten Dienste. Rapp oder Foch! Wir erlauben dem Militarismus kein Zurückweichen. Die militärische Aktion im Ruhrgebiet geht ihrem Ende entgegen, damit wird hoffentlich auch die Befreiung des Maingaues ihr Ende erreichen. Wir wollen absehen von allen Kriegsanschauungen und allen Kriegsmitteln. (Beifall).

Präsident Fehrenbach schlägt vor, in die Erörterung morgen einzutreten und die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abzulesen. Morgen: Anfragen, Besprechung der Erklärung der Regierung u. a.

Schluß nach 4 Uhr.

Gerichtssaal.

Strafammerurteilung vom 12. April. 1. Rechtshilfsrat auf die schiefe Ebene geraten ist der 18jährige Arbeiter Wilhelm Schwann aus Hainchen. Dieser entwendete im Herbst 1918 seinem Vater, der ihn aus dem Hause gewiesen hatte, 250 Mark in bar, ein Sparbuchscheit über 2500 Mk., einen Anzug, einen Ueberzieher, 1 Paar Stiefel und dergl. mehr. Die Sachen verkaufte er und verjudelte das Geld. Heute verteilte der Vater seine Anklage. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis. 2. Der Maschinenbauhändler Ernst Ferger in Weilburg hatte einem dortigen Weinbändler 30 Flaschen Wein gestohlen. Die Tat büßt er mit 1 Monat Gefängnis. 3. Die 16jährige Dienstmagd Minna Störkel aus Ahausen hatte ihrer Dienstherrschaft in Weilburg aus einem verschlossenen Schreibtisch 200 Mk. entwendet. Urteil 2 Monate Gefängnis. 4. Das Schöffengericht in Weilburg hatte den Korbflechter Heinrich Röhrich aus Oberklee zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er ein Kind gestohlen hatte und dieses an einen Unbekannten weiter verkauft ohne dies anzugeben. Da angun ihm ist, daß das Kind schwarz geschlachtet ist, legte der Amtsanwalt Berufung ein. Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf 1000 Mark Geldstrafe.

Hämlicher Cell.

(Nr. 84 vom 14. April 1920.)

Verordnung.

Ich hebe mit Zustimmung der Regierungskommission, Oberpräsident Dr. Schwander und Minister Dr. Fulda, meine Verordnung vom 13. März 1920 und die nur im Gebiet des Freistaates Hessen veröffentlichte vom 15. März 1920 über den verschärften Ausnahmezustand ohne die unten nochmals veröffentlichten Bestimmungen auf. Ich erwarte dabei, daß die Bevölkerung keinen Anlaß zu einem erneuten, verschärften Einschreiten geben wird.

In Kraft bleibt der durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 für das gesamte Reichsgebiet verhängte Ausnahmezustand in seiner milderen Form.

Von den hierzu von mir erlassenen Verordnungen hat lediglich die zur Bekämpfung des Schleißhandels vom 26. Februar 1920 noch Gültigkeit.

Außerdem bleiben für die Stadt Kassel die in meiner Bekanntmachung vom 18. März 1920 verfügten Beschränkungen bestehen, soweit sie nicht inzwischen gemildert worden sind.

Kassel, den 24. März 1920.

Reichswehrbrigade 11.

Der Militärbesitzhhaber, gez. von Stolzmann, Generalleutnant und Inhaber der vollziehenden Gewalt, Abt. Ia, Nr. 98 ge f.

Die in Kraft bleibenden Bestimmungen der Verordnungen vom 13. und 15. März 1920 lauten:

1. Kraftwagen, Krafttrader und Betriebsstoffe für diese können von den Besitzbesitzhabern beschlagnahmt werden, soweit es für ein Eingreifen zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig erscheint.
2. Die staatlichen Verwaltungs- und staatlichen Polizeibehörden sind berechtigt, Versammlungen zu verbieten.
3. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen können von den zuständigen Militär- und Zivilbehörden ohne Beschränkung vorgenommen werden. Den Offizieren und Offiziersdienstverleihe ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
4. Bezüglich Waffentragen, Betreten der Straßen und Ansammlungen auf Straßen treffen die militärischen Bezirksbefehlshaber im Einvernehmen mit den zuständigen staatlichen Verwaltungs- und staatlichen Polizeibehörden die erforderlichen Einschränkungen für ihre Bezirke.
5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen und die Bestimmungen der Bezirksbefehlshaber, sowie die Aufforderung und Anreizung dazu werden, soweit nicht höhere Strafen verwirkt sind, mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wird veröffentlicht.

Kassel, den 9. April 1920.

Der Landrat, Schellen.

4. 1106.

Bekanntmachung.

Die Herren Bürgermeister des Kreises erlaube ich, am Freitag, den 16. d. Mts.

auf Zimmer 16 des hiesigen Landratsamtsgebäudes von 9 bis 12 Uhr vormittags die Protokollarten abholen zu lassen.

Die Zeit ist bestimmt eingehalten, da um 12 Uhr sämtliche Büros geschlossen werden und somit eine Ausgabe nicht mehr erfolgen kann.

Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, daß die Karten von dem Abholer hier nachgezählt werden müssen und spätere Reklamationen nicht mehr berücksichtigt werden. Bezüglich der Ausgabe der Protokollarten verweise ich nochmals auf meine Kreisblattbekanntmachung vom 19. März d. Js. (Kreisblatt Nr. 68). Mit den Zusatzarten werden gleichzeitig die Kreisblätter herausgegeben.

Kassel, den 13. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.
(Schluß des amtlichen Teils.)

Natürliches

4/44

Ober-Selter Mineralwasser

! Aerztlich empfohlen !

bei Grippe, Magen- und Darmkrankungen, Störungen der Atmungsorgane usw.

Schwämme, Fensterleder

Gade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und Tafelschwämme billigst.

Kleinverkauf.

J. Schupp

Grossverkauf.

Seilerrei.

3/4

Tel. 277.

Kassel, Frankfurterstr. 15.

Tel. 277.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Kassel.

Bekanntmachung

betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1143) und des § 5a der Mietrechtsverordnung vom 22. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 591) wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Kassel folgende Anordnung für den Stadtbezirk Kassel getroffen:

§ 1.

Die über eine Wohnung verfügungsberechtigten Personen haben dem Wohnungsamt auf Erfordern die Zahl, Lage und Größe der Zimmer, sowie die Anzahl der Personen ihres Haushaltes anzugeben.

§ 2.

Die Anordnungen der §§ 5 und 6 der Anordnung des Magistrats vom 12. 8. 1919 werden ausgedehnt auf benutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume und sonstige derartige Räume, ferner auf gewerbmäßig ausgenutzte Gasthöfe in Hotels, Pensionen und dergl. Hinsichtlich solcher benutzter Räume ist nur die Auslastung, und Befestigungs-pflicht gemäß § 4b der vorerwähnten Anordnung zulässig.

§ 3.

Als unbenutzt gilt auch eine eingerichtete Wohnung, die von dem Verfügungsberechtigten deshalb nicht dauernd benutzt wird, weil er innerhalb oder außerhalb des Gemeindebezirks noch eine andere Wohnung, nämlich seine Hauptwohnung besitzt. Jeder, der mehrere Wohnungen besitzt, hat hieron unbenutzt dem Magistrat (Wohnungsamt) Anzeige zu erstatten und dabei anzugeben, welche Wohnung als seine Hauptwohnung anzusehen ist, die er zu behalten wünscht.

§ 4.

Die Untervermietung von Wohnungen und Wohnungsteilen, sowie die Vermietung möblierter Wohnungen durch die Hauseigentümer oder sonstige dinglich Berechtigte unterliegt vom Tage der Veröffentlichung dieser Anordnung ab der Genehmigung des Wohnungsamtes. Im Falle der Verletzung der Genehmigung ist die Beschwerde an das Mietvermittlungsamt binnen einer Woche zulässig.

§ 5.

Die Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Häusern, Läden und Werkstätten können einen Mietvertrag sowohl mit neuen Mietern, als auch mit alten, soweit mit diesen eine Preissteigerung vereinbart wird, rechtskräftig nur mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) eingehen. Die Zustimmung kann nur aus Gründen verweigert werden, welche in den Bestimmungen des Mietvertrages liegen, nicht aus dem Grunde um den Zugang zu verhindern.

Die Gründe der Verletzung der Zustimmung sind den Parteien mitzuteilen.

Im Falle der Verletzung der Zustimmung ist die Beschwerde an das Mietvermittlungsamt binnen einer Woche zulässig.

§ 6.

Die Hausbesitzer oder ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb 3 Tagen, nachdem diese gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem städtischen Wohnungsamt anzuzeigen. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsamt) erklärt hat, daß er einen Wohnungsfuchenden gemäß § 5 der Anordnung vom 12. August 1919 für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat (Wohnungsamt) sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig.

§ 7.

Vermieter, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 festgesetzten Strafe.

§ 8.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Kassel, den 11. April 1920.

3/84

Der Magistrat.

Oberförsterei Holzverkauf.

Mittwoch den 21. April in Burgschwalbach, Gasthaus „Deutsches Haus“ von 10 Uhr an. Förserei Reitenbach und Panrod, Distr. 32 Lindenscheid und 35 Ziegenh. Fläche: ca. 100 Hm. Kuyrollen 2,4 m lang, 104 Hm. Brennholz und Knüppel, 175 Hm. Reisler. Buche: ca. 30 Hm. Schen und Knüppel, 284 Hm. Reisler Weichholz: 8 Hm. Dornholz, Radelholz: 4 Stangen 1.—3 Hm., 9 Hm. Brennholz.

Händler werden beim Bieten auf Brennholz nicht zugelassen.

APOLLO-THEATER.

Von Mittwoch den 14. bis Freitag den 16. 4. von 6 Uhr:

Die Stunde der Rache

Lebensschicksale unerfahrener Mädchen.

11/84

Es wird gebeten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt
Heinrich Wagner Nachf.
 Limburg a. d. L., Telefon 94
 Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
 Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.
 — Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. —

färbt
 Herren-, Damen- und Kindergarderobe
 getrennt und unzertrennt.
 Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
 stoffe, Woll- und Baumwollgarne.
Leinen, Gardinen usw. in den
 haltbarsten und modernsten Farben.

reinigt
 Herren-, Damen- und Kindergarderobe
 jeder Art,
 Teppiche, Gardinen, Handschuhe,
Bettfedern usw.
Aufdämpfen von Sammet-Kostümen,
Aufbügeln von Herren- und Damen-
 Garderobe
 10/68
 — Trauersachen in 2 bis 3 Tagen. —

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
 während der Krankheit und bei der Beerdigung
 unseres lieben Entschlafenen; Herrn

Paul Münz

sowie für die vielen Kranzspenden und gestifteten
 hl. Messen danken herzlichst. Besonders Dank dem
 Krieger-Veteranen-Verein „Teutonia“ für die Betei-
 ligung an der Beerdigung und dem Personal der Firma
 Münz & Brühl für die erwiesene herzliche Teilnahme.

Bernh. Lahnstein u. Anverwandte.

LIMBURG a. d. L., den 13. April 1920. 6/84

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an
 dem schweren Verlust unserer lieben Entschlafenen,
 insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn
 Pfarrers Grün am Grabe und für die liebevolle
 Bereitwilligkeit der ehrw. Schwestern vom Kloster
 Marienborn sagen wir auf diesem Wege unsern
 innigsten Dank. 8/84

Hermann Jacob nebst Angehörige.

Limburg, den 13. April 1920.

Turnverein G. V.

An der am **Donnerstag**, den 15. d. Mts.,
 nachmittags 4 Uhr von Schaumburgerstr. 8
 aus stattfindenden Beerdigung unseres Mitgliedes

Josef Ross

bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Be-
 teiligung. Antreten 3 1/2 Uhr an der Turnhalle.
 15/84 Der Vorstand.

Zirkus-Wanderschau RUDOLFO

Limburg, 5/84
 Lagerplatz Diener, Neben Gasanstalt.
 2-Master-Zelt-Unternehmen I. Ranges.

Gala-Eröffnung: Freitag, 16. April, abds. 8 Uhr
 mit einem für Limburg von keinem Unternehmer
 gebotenen Gross-Stadt-Programm u. a.:

Prinzessin Ssahit Nadschara,
 die indische Schönheit, mit ihren Elefanten,
 Kamelen, Araberpferden, Indiern, der beste
 Dressur-Akt der Gegenwart, zuletzt 5 Monate
 im Zirkus Busch-Berlin. 11/84

Se Nails Chinesen,
 sowie vieles mehr! 12/84
 Trotz grosser Unkosten ein Friedensprogramm.

Loge Mk. 10., Sperrsitz Mk. 8., I. Platz Mk. 6.,
 II. Platz Mk. 4., Galerie Mk. 2.
 Vorverkauf Zigarrenhaus Labonté, Kornmarkt 5.

Kino. Neum. 10.

Mittwoch, Donnerstag,
 Freitag:

Das Millionen- mädcl.

Lustspiel in 4 Akten mit
Ossi Oswald.

Jugendlichen unter 17 Jahren
 ist der Eintritt strengstens
 untersagt 7/84
 Eingang nur Neumarkt.

Mittwoch eintreffend: Frische Seefische Ed. Trombetta Nachf.

9/84 Barfüherstr. 6.

Eine Puhfrau Westheimer & Co.

Ein **Kinderwagen**, gut
 erhalten und dauerhaft, zu
 verkaufen, 10/84
 Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Gegen Weide- u. Stall-Diebstahl

sowie alle Verluste durch Diebstahl, Unglücks- u. Todesfälle,
 Abschichtung auf der Weide versichert man vorteilhaft
 bei der

gegründet 1885 „**Halensia**“ gegründet 1888

Vieh-Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S.

Feste Prämien! — Keine Nachzahlungen!

80% Entschädigung!

Bisher weit über 6 Millionen Mark entschädigt.

Zahlreiche Empfehlungen von allen Seiten.

Vertragsgesellschaft mehrerer Landwirtschaftskammern.

Fürsich Vieh-Versicherungen aller Art.

— Auskünfte und Besuch kostenlos. —

Man wende sich an die

Subdirektion Köln, Hans Walther,

Zülpicher Platz 7. Fernsprecher: A 5496.

Weitere Vertreter und Reisebeamte überall gesucht.

Donnerstag abend 8 Uhr in d. Alten Post öffentl. Volksversammlung.

Referent: **Frau Röhle**, Mitglied der sächsischen Landesversammlung.

Thema: „**Die bevorstehenden Wahlen**“.

Freie Aussprache.

Die 6 vordersten Stuhlrücken sind für Frauen reserviert.

Sozialdemokratische Partei.

Sämtliche Artikel zum Hausputz.

Mottenschutzmittel. 1/84

Pet. Jos. **PJ** Farben,
 Hammerschlag. **RH** Drogen,
 LIMBURG. Material-
 waren.

Fernruf 60. Gegründet 1843.

Dickwurz

hat noch abzugeben
Joh. Karl Girm
 4/84 Mersfelden.

Bruteier

von indischen Lauf-
 enten, das Stück je 2 Mark,
 abzugeben in

Mühlen,
 13/84 Hans Nr. 21.

Gewandter Junge

kann das Friseurgeschäft
 erlernen bei

Friseur Brückmann,
 Plöge 8.

Schablonen

moderne Zeichnungen,
 für Maler u. Anstreicher.

- Ia. Deckenbürsten
- Ia. Weisspinsel
- Ia. Oelbleiweiss, rein
- Ia. Oelweiss für Innen und Außen
- Ia. Lithoponweiss
- Ia. Emaillelack weiss
- Ia. Möbellacke
- Ia. Terpentin, Siccatis

sowie 5/84
 sämtl. Farbwaren und Pinsel

empfiehlt das Farbengeschäft

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel).

Limburg (Lahn) Telefon 211.

Lehrverträge zu haben in der
 Kreisblatt-Druckerei